

Der Kampf gegen Reliquien.

Von Rosa Luxemburg.

Vorbemerkung.

Der folgende Artikel ist von der Neuen Zeit abgelehnt worden. Es bleibt mir nichts anderes übrig, als die Leipziger Volkszeitung um Gastfreundschaft zu bitten...

R. L.

Nachdem mich die Redaktion der Neuen Zeit beschuldigt hat, daß ich die Wichtigkeit meines Artikels Theorie und Praxis überschätze, weil ich nicht in seinen Abdruck erst nach dem Parteitag willigte...

Der Leitartikel Der Kampf gegen die Monarchie sucht meine Behauptung zu entkräften, daß die Neue Zeit und der Vorwärts eine wichtige Unterlassung begangen hätten, als sie verabsäumten, bei der Behandlung der Erhöhung der preussischen Zivilliste die Lösung der Republik hervorzuführen...

Weil also vor 60 Jahren in Deutschland ein Herr Karl Heinzen in der Republik den Nabel der Welt erblickte, sie als den „Endzweck“ des Kampfes betrachtete, darf heute, 60 Jahre später, die Sozialdemokratie, die in der Republik weder den Nabel der Welt noch den Endzweck des politischen Kampfes, sondern eine unter ihren zehn politischen Programmforderungen erblickt...

Herr Karl Heinzen ist gestorben und vermodert, die deutsche Bourgeoisie ist auf den Hund gekommen, von bürgerlichen Republikanern und kleinbürgerlichen Demokraten mit samt ihren Illusionen ist nicht eine Spur, nicht ein Hauch, nicht einmal eine Erinnerung geblieben, und hätten wir nicht den Leitartikel der Neuen Zeit, der in dankenswerter Weise von Zeit zu Zeit aus dem reichen Schatz der Vergangenheit irgendeine Reliquie ans Licht zieht, so würde die Welt wahrscheinlich nicht einmal ahnen, daß es in Deutschland je eine solche Spezies wie bürgerliche Republikaner gab...

Durch vierzig Jahre dieser gründlichen Aufklärungsarbeit, habe ich in meinem von der Neuen Zeit abgelehnten Artikel, ist es denn auch gelungen, die Ueberzeugung zum ehernen Besitz der aufgekümmerten Proletarier in Deutschland zu machen, daß die bürgerliche Republik nicht weniger ein Vollwerk der kapitalistischen Ausbeutung ist wie eine heutige Monarchie...

Kann man deutlicher hervorheben, daß es mir nicht darauf ankommt, die Republik als „den Endzweck“ hinzustellen? Und kann man schlagender beweisen, daß der Leitartikel der Neuen Zeit mit seinen Warnungen, Erklärungen und Zitaten nicht mich, sondern einzig und allein die alten Knochen Karl Heinzens zerschmettert...

Was soll man nun weiter dazu sagen, wenn der Leitartikel uns belehrt, daß nicht „die Klassengesellschaft und die Monarchie als ihren Schwerpunkt treibt“, sondern

„daß die Monarchie je nachdem das bequemste Werkzeug der Klassenherrschaft ist“? Der zweite Schriftführer unseres Wahlvereins in Buxtehude kann über dieses Thema einen glänzenden Vortrag ohne sonderliche Vorbereitung halten. Es ist das ABC der sozialdemokratischen Auffassung. Folgt aber daraus, daß wir gegen die Monarchie nicht agitieren sollen, weil sie bloß „ein Werkzeug“ und nicht der „Schwerpunkt“ der Klassenherrschaft ist? Oder folgt daraus, daß man unmöglich für die Republik agitieren könne, ohne sofort die Vorstellung zu erwecken, als ob die Monarchie der Schwerpunkt der Klassenherrschaft wäre? Der Militarismus ist nicht der Schwerpunkt, sondern bloß ein Werkzeug der Klassenherrschaft. Die Schutzölle sind nicht der Schwerpunkt, sondern bloß ein Werkzeug der Klassenherrschaft, die Kolonialpolitik ist nicht der Schwerpunkt, sondern bloß ein Werkzeug der Klassenherrschaft. Die indirekten Steuern sind nicht der Schwerpunkt, sondern bloß ein Werkzeug der Klassenherrschaft. Trotzdem agitieren wir tagen, tagaus gegen den Militarismus, die Schutzölle, die Kolonialpolitik, die indirekten Steuern. Und wenn wir dies alles können, ohne in die Illusionen bürgerlicher Friedensapostel, bürgerlicher „Freihandelschauspieler“, bürgerlicher „Regierungs-“ und bürgerlicher Steuerreformer zu verfallen, so können wir genau so gut republikanische Agitation treiben, ohne Karl Heinzens Gespenst heraufzubeschwören. Dafür noch eine Stichprobe.

Der Vorwärts und die Neue Zeit, heißt es im Leitartikel der Neuen Zeit, haben die Erhöhung der Zivilliste allerdings auch von der politischen Seite bekämpft: als eine neue Belastung der ohnehin bis auf den Rand und Knochen ausgepowerten Volksmassen, als einen Anspruch der Monarchie, der sie diesen Massen um so unerträglicher macht. Aber darüber hinaus sind sie nicht gegangen, aus dem einfachen Grunde nicht, um die Ziele des proletarischen Klassenkampfes nicht zu verschleiern, um nicht den trügerischen Anschein hervorzurufen, als ob es sich bei der Frage: Monarchie oder Republik? darum handle, daß jene etwas kostspieliger und diese etwas wohlfeiler wirtschaftet.

Ja, hat denn irgend jemand verlangt, daß unsere leitenden Organe bei der Behandlung der Zivilliste nachgewiesen hätten, die Monarchie sei kostspieliger als die Republik? Wäre das republikanische Agitation im sozialdemokratischen Sinne? Aber nein, aber nein doch, lieber und verehrter Leitartikel! Es ist nur wieder Karl Heinzen, der bei dieser Vorstellung seine armen gestundenen Knochen im Grabe umdreht. Was ich zu kritisieren suchte, war ja gerade die ausschließliche Hervorhebung der Kostenseite der Frage, während den Vertretern der Zivilliste und ihren bürgerlichen Anhängern m. E. hätte erklärt werden sollen. Nicht darum stimmen wir gegen die Zivilliste, weil sie uns zu viel Geld aus der Tasche zieht, sondern weil wir Gegner der Monarchie sind; und würde sie uns halb so viel kosten, nicht geschenkt wollen wir sie haben; an dem Tage, wo wir sie los wären, sind wir bereit, mit Freuden 15 Millionen zu irgendeinem wohltätigen Zweck, meinetwegen für ein Idothenheim, zu votieren. Die teuerste Republik ist uns lieber als die billigste Monarchie, weil dies für uns überhaupt keine Geldfrage, weil uns die Monarchie das rückständigste, die Republik aber das fortschrittlichste Werkzeug der Klassenherrschaft ist. Je fortschrittlicher aber die Formen der Klassenherrschaft, um so näher ihr Ende mit Schrecken.

Wer ein verfallenes Gemäuer niederreißt, sorgt hinlänglich dafür, daß der Adler, der auf dessen Rest horstet, sich wo er sonst mag eine neue Stätte suchen muß. Aber das ganze Geschäft auf das Recht des Adlers konzentrieren, heißt mit Kanonen auf ihn auf und Adler schießen.

Ein schönes Bild, ein erhabenes Bild. Aber leider nicht ganz zutreffend. Heinrich Heine — der Leitartikel bringt mich mit seinem reizenden Zitat über die „Süße“ ganz von selbst auf die Erinnerung an Heine — hat das Bild vom „Adler“ viel richtiger gezeichnet. In seinem ersten Traum auf deutschem Boden nach der Rückkehr aus dem Exil sieht er den Adler (die Quaste am Wetthimmel) auf seiner Brust sitzen und mit krummem Schnabel nach seinem Herzen zielen. Um im Bilde des Leitartikels zu bleiben: der Adler horstet leider nicht auf dem First in Wolkenregionen, sondern er „horstet“ auf dem Leib des Proletariats und haßt ihm mit seinem krummen Schnabel in die Brust. Und wer ein verfallenes Gemäuer niederreißt und dabei immerzu durch die Angriffe des krummen Schnabels gestört wird, der wird gut tun, hin und wieder dem „häßlichen Vogel“ zwischen der Arbeit so kräftig eine über Kopf und Flügel zu geben, daß die Federn stieben. Einer so „lustigen“ Vorstellung von der Monarchie, wie sie der Leitartikel zeigt, hat denn doch selbst Karl Heinzen, der vulgäre Demokrat, nicht gehuldigt, wofür wir ja das bereits von mir zitierte Zeugnis Karl Marx' besitzen:

Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das hundertjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszuspielen ist, selbst sie kehrt sich verabschiedend über solche Art Demokratentum immerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und des logisch Unverlaubten.

Der Leitartikel hat noch eine ernste Seite. Neulich hieß es in der Neuen Zeit, die republikanische Agitation stoße auf polizeiliche Hindernisse und sei deshalb unstatthaft. Jetzt erfahren wir, daß die republikanische Agitation gar mit dem Klassenstandpunkt der Sozialdemokratie unvereinbar sei. Es ist dies eine Auffassung, die schon bedenklich an die Duessefische heranrückt, eine Auffassung, mit der auch Genosse Heinrich Wegner seinerzeit in dem von ihm redigierten Bochumer Parteiorgan unseres Dortmunder Blatt in den Rücken fiel, als dieses zur Begründung des Kaisers in Dortmund eine scharfe republikanische Agitation entfaltet hatte. Der Leitartikel der Neuen Zeit beweist also mit betäubender Klarheit, eine wie große Verwirrung in unserer Partei in Bezug auf die republikanische Lösung herrscht, wie sehr diese Seite der Agitation vernachlässigt worden und wie dringend notwendig eine klipp und klare Stellungnahme zu der Frage ist. Der Magdeburger Parteitag kann hier nützliche Arbeit verrichten, schon aus Rücksicht auf die badischen Hofsänger muß er sie verrichten.

Soziale Rundschau.

Für die geschlechtliche Hygiene der italienischen Jugend.

Die mit dem Studium der Maßregeln für die Bekämpfung der jugendlichen Delinquenz betraute Kommission gibt soeben den Text eines Gesetzesentwurfs bekannt, der sich mit Maßregeln zur Förderung der geschlechtlichen Hygiene unter der Jugend beschäftigt. Einmal behandelt der Entwurf den Unterricht über geschlechtliche Hygiene in den Schulen. In den Oberklassen der Volksschulen können mit Einwilligung des provinziellen Schulrats einige Stunden der Belehrung über sexuelle Hygiene gewidmet werden. In den Mittelschulen soll ein Kursus über Sexualhygiene obligatorisch sein und muß weiblichen Schülern von einer Lehrerin oder Ärztin gehalten werden. Wo eine solche fehlt, ernennt der Jugendgerichtshof eine Familienmutter. Der zweite Teil des Gesetzes behandelt das Bordellwesen. Kein Lokal kann gegen das Gutachten des Jugendgerichtshofs als Bordell verwendet werden. Von Unterrichtsgebäuden, Kasernen und anderen öffentlichen Lokalen muß jedes dem Prostitutionsbetrieb gewidmete Lokal mindestens 500 Meter entfernt sein. Diese Bestimmungen treten einen Monat nach Veröffentlichung des Gesetzes in Kraft. Bordellhalter, in deren Betrieb sich Mädchen unter 16 Jahren befinden, werden mit Haft bis zu 6 Monaten, Geldstrafen bis zu 1000 Lire und mit der Schließung des Bordells bedroht. Für die anderweitigen Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz sind Haftstrafen bis zu 3 Monaten und Geldbußen bis zu 500 Lire festgesetzt. Wichtig an dem Entwurf ist vor allem die Schonungslosigkeit, mit der er gegen die Bordellbesitzer vorgeht, indem er ihnen nur einen Monat Zeit läßt, um ihre Betriebe in Einklang zum Gesetz zu bringen.

8. Bundestag des Arbeiterradfahrbundes „Solidarität“

k. Frankfurt a. M., 7. August 1910.

Im geschmückten Saale des hiesigen Gewerkschaftshauses wurde am Sonnabend abend der 8. Bundestag des Arbeiterradfahrbundes vom Vorsitzenden Fischer-Offenbach, M. mit herzlich begrüßenden Worten eröffnet. Anwesend sind 102 Delegierte und Gauvorsitzer, 4 Vorstandsmitglieder, je ein Vertreter der Redaktion, des Ausschusses und der Preßkommission und zwei Geschäftsleiter des Radfahrbundes „Frischluft“. Als Gast nimmt J. a. o. Leipzig als Vertreter des Arbeiterradfahrbundes an den Verhandlungen teil. Das Bureau bilden Giesmann-Breslau und Gübel-Hüffelheim als Vorsitzende, dener 4 Schriftführer zur Seite stehen.

In die eigentlichen Verhandlungen wurde erst am Sonntag vormittag eingetreten. Den Tätigkeitsbericht des Vorstandes gab Fischer-Offenbach a. M. Die zwei Geschäftsjahre seien zwei Jahre der Krise gewesen, besonders das Jahr 1908 sei von dieser hart betroffen worden. Es sei daher verständlich, daß der Bund in der Verichtszeit nicht so angenommen habe wie in den früheren Jahren. Erfreulicherweise könnte aber festgestellt werden, daß der Bund gerade in ländlichen Gegenden schöne Fortschritte gemacht habe. Wenn auch dem letzten Bundestage gefolgt werden konnte, der Bund zählte 100000 Mitglieder, so könne er heute von einer Mitgliederzahl von über 120000 berichten. In agitatorischer Hinsicht sei viel geleistet worden, es müßten aber weiter alle Bundesgenossen zur Stärkung der Organisation beitragen. Es gäbe noch viel Parteigenossen und Gewerkschaften, die einem bürgerlichen Sportverein angehörien. Hier wäre ein günstiges Tätigkeitsfeld, wo die Agitation einzusetzen habe. Wenn einzelne Parteigenossen glaubten, Sport sei lediglich ein private Angelegenheit und da wäre es gleich, welchem Verein man beitrete, so seien die Behörden anderer Meinung. Diese würden sagen, der Bund ist eine sozialdemokratische Organisation, und in Preußen und Sachsen sei der Bund zu einem politischen Verein gestempelt worden. Dagegen habe man natürlich Verwahrung eingelegt. — Die Zahl der Gesuche um Rechtschutz waren in der Verichtszeit sehr groß. Die Meinungen der Bundesgenossen gingen inbezug Bewährung von Rechtschutz sehr weit auseinander. Der Bundestag müsse klar aussprechen, wie weit gegangen werden kann. Wenn man hier allen Wünschen Rechnung tragen wollte, dann müßte man den Beitrag um mehr als 5 Pfg. — wie vorgeschlagen — erhöhen. Der Redner bespricht eine Reihe Fälle, bei denen Rechtschutz nachgefragt wurde und die dem Bund viel Geld kosteten. In vielen Fällen würde der Sachverhalt vorher von den Antragstellern anders geschildert, als sich nachher herausstellte. Man müßte daher verstehen, wenn der Vorstand nicht so ohne weiteres Rechtschutz gewährt. Der Vorstand habe zu beachten, daß die Kaffe des Bundes nicht unzulässig in Anspruch genommen wird.

Mit dem Rechtschutz hänge die Unfallversicherung zusammen. Die Ausgaben hierfür steigerten sich von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1908 kamen für 2416 Unfälle 54888,40 M. und im Jahre 1909 für 2029 Unfälle 62820,55 M. zur Auszahlung. Unfälle mit tödlichem Ausgang sind in beiden Jahren je 8 zu verzeichnen. Fischer betont, auch bei der Unfallunterstützung müßten klarere Bestimmungen geschaffen werden. Es kämen viele unberechtigte Gesuche. Die Rosa-Luxemburg-Aktion, die auf dem letzten Bundestag eingeführt wurde, habe sich als sehr segensreich erwiesen. Der zu diesem Zweck eingelegte Beitrag ist überschritten worden. Grenzkarren zur vollstetigen Ueberschreitung der Grenzen seien im Jahre 1909 6004 ausgestellt worden. Die Mitglieder müßten die Vorschriften im Grenzverkehr mehr beachten, da sonst dem Bund Schaden erwächst. Dem Antrag des letzten Bundestages, einen Statutenentwurf auszuarbeiten, der eine straffere Zentralisation vorsieht, sei der Vorstand nachgekommen. Der Vorstand sei aber der Ansicht, daß die jetzige Form genügt.

Nach Entgegennahme dieses Berichts werden die Verhandlungen auf Montag vertagt, da für den Nachmittag ein Festzug nach dem Palmengarten und daselbst das Bundesfest vorgezogen ist. Dieses war sehr stark besucht. Es ist das erstmal, daß der Palmengarten der Arbeiterradfahrbund zu einer festlichen Veranstaltung zur Verfügung stand.

Rüchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Mittwoch:

- Speiseantritt I (Johannplatz): Sauertrant mit Schmelzkehl. Speiseantritt II (Wolfgangstr. 1): Spinaut mit Schmelzkehl. Speiseantritt III (Wilmanns): Ganze Kartoffelküchen mit Kalbsbaun. Speiseantritt IV (Kleppelstr.): Rübels mit Nudelsch. Speiseantritt V (Wassner Str. 55): Kartoffelküchen u. Nudeln mit Schmelzkehl. Speiseantritt VI (Neuh. Gattliche Str.): Ganze Kartoffelküchen mit Kalbsbaun.

Advertisement for 'Weißbrot' (White Bread) featuring a logo with a woman and child, and text: 'Beste Kindernahrung. Der Milch zugesetzt, gedeihen die Kinder prächtig. Es wirkt blutbildend, gibt straffe Muskeln und stärkt wegen des hohen Gehaltes an Nährsalzen das Knochengewebe. Ärztlich empfohlen. — Niedriges durch Pflasterkanal.'